Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abtrage- 15 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Gedruckt. Einzelnummern

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 164 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 17. Juli 1931

Devisengemüse.

Wenn man vor dem Kriege einen Durchschnittsdeutschen gefragt hätte: Was sind Devisen? — dann hätte man ihn mit dieser Frage in arge Verlegenheit gebracht. Denn eine richtige Antwort hätte wohl nur der gegeben, der irgend etwas mit dem Bank- und Börsenwesen beruflich zu tun hatte. Nachher, im Kriege, dann aber intensiv in der Nachkriegszeit, haben wir Unterricht mehr als zur Genüge darüber erhalten. Wer „Devisen hatte“, war ja der vielbeneidete Glückliche. Aber in der Massenanschauung waren — und sind auch heute noch — „Devisen“ nichts anderes als ausländische Banknoten. Natürlich nur von Staaten, die eine Goldwährung besitzen, so daß die Banknoten also gesetzlich in Gold umgewechselt werden können. Die Lire, französischen und belgischen Franken oder gar Tschechokronen sind „weniger beliebt“. Devisen sind aber auch Wechsel, Schecks, Anweisungen usw., die von Ausländern als Bezahlung hergegeben werden.

Nun ist der gesamte Verkehr dieser Devisen in der Reichsbank und ihren Filialen konzentriert; wer solche Zahlungsmittel erhält, muß sie der Reichsbank zuleiten. Wer sie braucht, um damit eine ausländische Forderung zu befriedigen, oder — um einfach und populär zu sprechen — wer eine Auslandsware kaufen will, die in ausländischer Währung bezahlt werden soll, muß eben zur Reichsbank gehen. Ob er dort nun aber Devisen bekommt, ist eine recht unsichere Geschichte. Denn in der neuesten Notverordnung über den „Verkehr mit Devisen“, heißt es zunächst, daß Devisen nur gegen deutsche Zahlungsmittel hergegeben werden, also nicht etwa gegen Wechsel, auf Kredit. Dann müssen aber erst noch zahllose Angaben über den Zweck des beabsichtigten Devisenerwerbes gemacht und belegt werden. Und schließlich fällt die Entscheidung, ob für diesen Zweck Devisen überhaupt gewährt werden: Ob der Zweck dieses Kaufes ausländischer Waren eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

So ist denn unmittelbar nach dem „schwarzen 13.“ eine erhebliche Stockung, eine starke Einschränkung des Warenexports nach Deutschland eingetreten — durchaus nicht zur Freude der ausländischen Exporteure. Und diese Stockung dürfte vorerst noch anhalten; denn es ist klar, daß die deutschen Importeure nur für volkswirtschaftlich unbedingt notwendige Einfuhren von der Reichsbank Devisen erhalten.

Sicherlich kriegen sie keine Devisen für den Ankauf solcher ausländischen Waren, die in Deutschland selbst in gleichwertigem und ausreichendem Maße erzeugt werden. Daher werden wir es uns wohl eine Zeitlang verkneifen müssen, z. B. holländisches Gemüse zu konsumieren; denn die „Mijnhers“ verlangen für ihren Blumenkohl, ihre Tomaten oder was sie sonst an Gemüse nach Deutschland verkaufen wollen, natürlich die Bezahlung des Kaufpreises in holländischen Gulden. Die sind aber nicht da, besonders nicht für diesen Zweck. Infolgedessen werden wir also auf dieses „Devisengemüse“ verzichten müssen, wie auch auf die „Devisenbutter“ aus Dänemark oder „Deviseneier“ aus dem Osten. Auch auf den „Devisenweizen“ aus Amerika, wo die Farmer sowieso schon nicht wissen, wohin mit ihren Erzeugnissen. Die Liste ist aber noch viel länger, diese Liste der ausländischen Genußmittel, der Südfrüchte und Blumen, des Obstes und Weines. Und drüben auf der anderen Seite der Grenze stehen die ausländischen Erzeuger und Exporteure, die im letzten Jahre etwa für 2,8 Milliarden Lebens- und Genußmittel, Getränke und sonstiges nach Deutschland verkaufen konnten. Schon bisher war angesichts der schrankenlosen Übererzeugung die Absatzfrage gerade für diese Waren schwierig genug; sie ist nicht leichter dadurch geworden, daß man erst Deutschland anspowerte, ihm Kredite, Geld und Devisen im Betrage von Milliarden entzog und es dann zwang, zur Erhaltung seiner Währung energische Maßnahmen zu treffen gegenüber dem „Devisengemüse“ und all dem, was überflüssiges Genußmittel ist oder was Deutschland selbst zur Genüge erzeugt. Da kann man in all unserer Not eine gewisse Befriedigung darüber nicht unterdrücken, daß auf diese Weise das so oft gepredigte, leider viel zu wenig befolgte „Deutsche, kauft deutsche Waren!“ einen recht starken Ruck auf dem Wege zu seiner Durchführung erhält. Vielleicht hat das auch die Folge, daß bisher auf Auslandswaren schwörende Konsumenten plötzlich entdecken: Die deutsche Ware, das Gemüse, die Butter usw., ist ebenso gut wie die ausländische, mit teuren Devisen hereingebrachte!

Und nicht viel anders sieht es mit der Einfuhr ausländischer Fertigwaren aus. Auch hier wird es wohl nur mit größter Auswahl Devisen für die Bezahlung derartiger Güter geben. Auch hier wirkte altes Vorurteil im Sinne einer Bevorzugung ausländischer, oft luxuriöser und kostspieliger Waren, ist ihr Ersatz durch einheimische Erzeugnisse vielfach gegeben. Freilich sind das alles Störungen im internationalen Warenaustausch, die nicht lange anhalten dürfen im internationalen, auch im deutschen Interesse. Nicht umsonst hat es darum auch auf den Börsen des Auslandes, diesen Barometern der Wirtschaft, schwere Störungen gegeben. Daß aber die deutsche Notlage eben nicht ohne deutlich spürbare Rückwirkungen auf wichtige Teile des Auslandes geblieben ist und bleibt, muß zur Folge haben, daß auch das Ausland zur Hilfeleistung geneigter wird als bisher.

Brüning und Curtius reisen nach Paris.

Anschließend Ministerkonferenz in London. — Der englische Ministerbesuch in Berlin aufgeschoben.

Atempause.

So vordringlich uns auch im Augenblick die Sorgen des Tages, die Unruhe und die Geldkalamitäten im eigenen Hause beschäftigen, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß der jetzige Zustand nur ein Übergang sein kann, eine Atempause, in der es sich entscheiden muß, ob ein Weg ins Freie aus unserer Drangsal geschaffen werden kann. Die innenwirtschaftlichen Maßnahmen, die wir in heldenhafter Selbsthilfe auf uns nehmen, können nur die Grundlage bilden, auf der weiter gebaut werden muß. Wir können unsere Golddecke zwar recken und strecken, aber sie so aus eigenem ausdehnen, daß sie für uns ausreicht, können wir nicht. Dazu sind wir schon zu ausgepreßt und ausgepumpt. Durchgreifende Hilfe kann unserer Wirtschaft nur von außen kommen, von Ländern, die von ihrem Überfluß an Gold uns abgeben, ohne uns politisch vergewaltigen zu wollen, aus der rein wirtschaftlichen Erwägung heraus, daß ein Zusammenbruch Deutschlands die Katastrophe ganz Europas bedeuten würde. Aber nicht allein mit Anleihen wird uns geholfen werden müssen, sondern vor allem auch dadurch, daß mit der Aussaugung Deutschlands durch die Tributpolitik von Versailles ein Ende gemacht wird. Ihren Wahnsinn in voller Klarheit zu zeigen und auf ihre Abstellung im wirtschaftlichen und politischen Interesse der ganzen Welt zu dringen, wird die Hauptaufgabe unserer Unterhändler sein müssen bei den Zusammenkünften und Konferenzen, die in den nächsten Tagen kommen werden.

*

Brüning geht nach Paris.

Zu Vorverhandlungen mit Frankreich.

Die deutsche Regierung hat sich entschieden, die Einladung der englischen Regierung nach London anzunehmen und vorher eine Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister sowie dem französischen Finanzminister in Paris herbeizuführen.

Die französische Regierung hat offenbar diese vorherige Konferenz zwischen Deutschland und Frankreich in Paris als Vorbedingung für ihre Teilnahme an der von England veranlaßten Londoner Konferenz aufgestellt. Die Bedeutung dieser neuen Regelung der Ministerbesuche liegt in folgendem: Die französische Regierung will, bevor es zu einer Konferenz der Minister in London kommt, an der auch Italien beteiligt sein wird, mit dem Reichskanzler und dem Außenminister über die Bedingungen unterhandeln, die Frankreich für die Teilnahme an der Kredithilfe für Deutschland aufgestellt hat.

Die Reichsregierung besteht darauf, daß die eigentliche Konferenz nicht in Paris, sondern in London abgehalten wird.

*

Brünings Abreise Freitag abend.

Auf Beschluß des Reichskabinetts werden der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sich am Freitag abend in Begleitung einer größeren Abordnung zu Verhandlungen nach Paris begeben.

Die Verhandlungen in Paris werden jedoch nicht allzu lange dauern können, da bekanntlich bereits für Montag 18 Uhr der Beginn der Ministerkonferenz in London angesetzt ist, zu der der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sich mit der deutschen Abordnung anschließend begeben dürften.

*

Paris ist optimistisch.

In französischen Kreisen nimmt man allgemein an, daß die bevorstehende Aussprache mit den deutschen Ministern zu einer vollkommenen Klärung der augenblicklichen Lage und vor allem zu einer wesentlichen Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen führen werde. Die französische Presse begrüßt die Entwicklung in den letzten 24 Stunden, wobei jedoch nach wie vor an der alten Auffassung festgehalten wird, daß ohne politische „Bürgschaften“ von französischer Seite nichts zu erwarten sei.

*

Brüning soll in Paris vor „vollendete Tatsachen“ gestellt werden.

London, 16. Juli. Welche Aussichten sich den deutschen Ministern bei den kommenden Verhandlungen in Paris eröffnen, wird in einem Reutertelegramm wie folgt dargelegt: Alles werde davon abhängen, welche Linie die Deutschen einhalten werden. Man werde ihnen darlegen, daß sie eine einzigartige Gelegenheit zur Rettung Deutschlands vom Bankrott zur Besserung der deutsch-französischen Beziehungen und zur Klärung der schwergeladenen Atmosphäre in Europa wahrnehmen sollten. Sie würden aufgefordert, finanzielle und politische Garantien — auf den finanziellen Garantien bestehe man jetzt sehr — zu geben. Aber man werde ihnen auch sagen, daß man nicht die Erniedrigung Deutschlands wünsche. Der Völkerbund werde möglicherweise gebeten, seine Unterstützung zu leihen. Die Möglichkeit eines Kompromisses über die „politischen“ Forderungen Frankreichs (Einstellung des Baues der Westentaschen-Panzerschiffe und Aufgabe der deutsch-österreichischen Zollunion) schiene jetzt näher zu sein. Man glaubt in London, daß die Vereinbarungen in Paris schon so weit fortgeschritten sind, daß man die deutschen Minister vor ziemlich vollendete Tatsachen stellen wird. Es wird hier ferner die Ansicht vertreten, daß der Entschluß der englischen Regierung, eine Ministerkonferenz nach London einzuberufen, durch den Wunsch Stimsons ausschlaggebend beeinflußt worden sei, wobei die englische Regierung anscheinend ein Gegengewicht gegen die Absicht der Franzosen schaffen wollte, die Aussprache möglichst schon in Paris unter Dach und Fach zu bringen.

Ueber das Programm der Londoner Ministerkonferenz ist noch nichts näheres bekannt. Halboffiziellen Verlautbarungen zufolge soll die Konferenz nicht zu lange ausgedehnt werden. Der Hooverplan soll die Grundlage bilden. Man muß abwarten, ob Macdonald einen großzügigen Plan vorlegen wird, der bereits den Uebergang vom Ende des Hoovermoratoriums zu neuen Abmachungen umfaßt. Außerdem werden sicherlich Abrüstungsfragen zur Sprache kommen.

*

Das deutsch-französische Gespräch.

Ein Kommentar der Germania.

Berlin, 16. Juli. Das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, die übrigens die Nachricht von der bevorstehenden Reise Brünings „über Paris nach London“ überschreibt, offenbar um damit auszudrücken, daß der Ton nicht auf Paris, sondern auf London liegt, widmet der Kanzlerreise einen bemerkenswerten Leitartikel, in dem es heißt: Die Wiederaufnahme des deutsch-französischen Gespräches, die von den Anhängern der Verständigung so stark herbeigewünscht worden ist, findet unter wenig günstigen Auspizien statt. Sollte es nicht gelingen, die Aussprache auf die dringlichen Sorgen des Tages und auf die Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zu beschränken, so wird sich die ganze Tiefe jener Gegensätze auftun, die in den vergangenen zwölf Monaten die Atmosphäre gestört und den normalen Gedankenaustausch gehindert haben. Die deutsche Regierung wird in der Lage sein, über Fragen, wie die Abrüstung und die Zollunion Rede und Antwort zu stehen und die deutsche Auffassung klar zum Ausdruck zu bringen. Aber nicht hiervon, sondern von einer beiderseitigen Erkenntnis der engen Schicksalsverbundenheit und von der Notwendigkeit einer wahrhaft paneuropäischen Initiative kann mit Aussicht auf Erfolg gesprochen werden. Da Paris seinem Wesen nach nichts anderes sein kann als eine Vorbereitung für London, und da in London auch Amerika und neben ihm die übrigen wichtigen Hoggläubiger am Verhandlungstisch sitzen werden, so müssen die Bemühungen darauf gerichtet sein, ein grundsätzliches Einvernehmen über die Finanz- und Wirtschaftsfragen zustande zu bringen, um nicht in London der Welt das unerwünschte Schauspiel eines deutsch-französischen Zweikampfes vorführen zu müssen.

Amtliche Mitteilung über die Pariser Ministerratssitzung.

Die amtliche Verlautbarung über die französische Ministerratssitzung am Donnerstag hat folgenden Wortlaut: „Der Ministerrat hat die in Europa durch die deutsche Finanzkrise geschaffene Lage geprüft. Ministerpräsident Laval hat einen Bericht über die Verhandlungen erstattet, die zwischen der französischen Regierung und den Ministern Stimson und Henderson im Laufe des Vormittags stattgefunden haben. Briand hat von der bevorstehenden Reise des Reichskanzlers Brüning und des Reichsaußenministers Curtius nach Paris Mitteilung gemacht.

Nach den Unterredungen zwischen den deutschen und französischen Ministern werden am Sonnabend Verhandlungen zwischen allen in Paris versammelten Ministern beginnen.

Der Ministerrat hat die Aktionsmittel geprüft, zu denen Frankreich die Initiative ergreifen wird, und die geeignet erscheinen, das Vertrauen und den Kredit in Europa wiederherzustellen. Ebenso wurden

die finanziellen Garantien und die Maßnahmen zur politischen Befriedung,

die sie begleiten sollen, einer Prüfung unterzogen.“

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF